JAZU www.oberndorf-sbg.spoe.at www.oberndorf OBERNDORF





ank konsequenter Verhandlungsarbeit von Bürgermeister Georg Djundja ist die Zukunft unseres Spitals langfristig gesichert und gleichzeitig sind die Interessen unserer Gemeinde gewahrt. Was vor eineinhalb Jahren noch nach einem schlechten Geschäft für Oberndorf aussah, ist heute eine Lösung, auf die wir alle stolz sein können. Das war keine Selbstverständlichkeit. Im Gegenteil:

ÖVP-geführte Landesregierung hätte Krankenhaus auch in Insolvenz geschickt

Zu Beginn der Verhandlungen versuchte das Land Salzburg, die Gemeinde Oberndorf ohne sonstige Sicherungen und Abgeltungen mit einem symbolischen Euro abzuspeisen. Damit hätte Oberndorf auf Jahre hinaus Haftungen getragen und gleichzeitig überhaupt keine Mitsprache mehr gehabt. Weiters hätte die Gemeinde trotz Einbringung von Gemeinde-Grundstücken, auf denen das Krankenhausareal errichtet ist, massive finanzielle Einbußen getragen. Während die ÖVP-Oberndorf vermutlich aus blinder Loyalität zur Landespartei bereit war, diesen "Deal" einfach abzunicken und hiermit die Stadtgemeinde über Jahrzehnte finanziell schlechter zu stellen, stellte sich Bürgermeister Georg Djundja schützend vor die Interessen unserer Stadt. Er lehnte den Vorschlag entschieden ab und machte klar: Oberndorf verkauft sich nicht unter Wert!

Gleichzeitig hatte die ÖVP-geführte Landesregierung auch keine Skrupel, das für die gesamte Region so wichtige Krankenhaus Oberndorf in die Insolvenz zu schicken und zu schließen, wie die zuständige Landesrätin zuletzt auch in einem ORF-Interview zugab. Rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wären damit auf der Straße gestanden.

Bürgermeister Djundja blieb standhaft

Erst als klar wurde, dass Oberndorf nicht bereit war, seine Rechte und Interessen einfach aus der Hand zu geben, kam Bewegung in die Sache. Dank hartnäckiger Verhandlungen von Bürgermeister Djundja über eineinhalb Jahre konnte das Land schließlich überzeugt werden, die volle Verantwortung für das Krankenhaus zu übernehmen – inklusive Finanzierung, Personal und Ausgleich für die gemeindeeigenen Grundstücke. Das ist ein bedeutender Erfolg für unsere Stadt und die gesamte Region.

Dass das Ergebnis final dann sogar ein einstimmiger Beschluss in der Gemeindevertretung ist, zeigt: Beharrlichkeit, Fachwissen und Verantwortungsbewusstsein zahlen sich aus.

Das nun beschlossene Paket bringt Sicherheit für das Krankenhaus und unser Oberndorf:

- » Der Standort des Krankenhaus Oberndorf bleibt für die gesamte Region erhalten.
- » Sämtliche Arbeitsplätze bleiben bestehen.
- » Alle Krankenhausleistungen werden fortgeführt.
- » Die Stadtgemeinde trägt keine finanziellen Nachteile.
- » Die gemeindeeigenen Grundstücke bleiben langfristig im Besitz der Stadt.
- Die Krankenhausküche geht vollständig in das Eigentum der Stadt über – und sichert damit die Versorgung für Krankenhaus, Reha-Zentrum, Seniorenwohnhäuser und Kindergärten.

Diese Vereinbarungen sind nicht vom Himmel gefallen, sie wurden hart erarbeitet. Ohne den entschlossenen

Angebot Land Salzburg 2024 "ÖVP-Deal"



- Krankenhaus bleibt erhalten
- → Land zahlt symbolischen Euro
- Gemeinde bekommt Einnahmen von Krankenhaus-Besucherparkplatz
- 👎 Grundstücke nicht gesichert
- Gemeinde hat finanzielle Nachteile (Verlust "Managementfee")
- Gemeinde muss einmalig 800.000 Euro an VAMED für Übernahme Anteile zahlen
- 🦊 Zukunft Krankenhausküche offen
- 🖡 Gemeinde hat viele Garantien und Haftungen
- 👎 Regionale Mitsprache ungesichert

Verhandlungsergebnis 2025 "Gemeindeabschluss"



- 👍 Krankenhaus bleibt erhalten
- Land zahlt symbolischen Euro
- 👍 Gemeinde bekommt Pachtzins für gemeindeeigene Grundstücke
- Alle Grundstücke bleiben langfristig in Gemeindeeigentum
 - Gemeinde bekommt zusätzliche jährliche finanzielle Abgeltung
 - demeinde spart sich die Zahlung von 800.000 Euro an € VAMED für Anteils-Übernahme
 - 💼 Gemeinde übernimmt zu 100 % die Krankenhausküche OCB
 - 💼 Zukünftige Garantien und Haftungen der Gemeinde sind zeitlich sowie inhaltlich auf ein Minimum begrenzt
 - Gemeinde erhält Sitz im Aufsichtsrat

Einsatz von Bürgermeister Djundja und dem Verhandlungsteam der Stadtverwaltung wäre Oberndorf mit deutlich schlechteren Bedingungen aus den Verhandlungen gegangen.

Oberndorf bleibt mitbestimmend

Oberndorf entsendet künftig eine Vertretung in den Aufsichtsrat der Gesellschaft – ein wichtiges Mitspracherecht, das sicherstellt, dass die Anliegen unserer Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft Gehör finden. Die unentgeltliche Verantwortung im Aufsichtsrat übernimmt unser Bürgermeister persönlich.

Verantwortung statt Parteipolitik

Während manche aus der Oberndorfer Politik schnelle Überschriften und Kritik suchten, haben unser Bürgermeister und unser SPÖ-Team für das Krankenhaus und unsere Gemeinde gearbeitet, verhandelt und Ergebnisse geliefert. Es war nicht die Zeit für parteipolitisches Theater – es ging um die Zukunft der Gesundheitsversorgung im nördlichen Flachgau und die Interessen unserer Stadt. Georg Djundja hat gezeigt, was es heißt, Verantwortung zu übernehmen. Er hat sich nicht von Druckversuchen von Landesseite oder politischem Lärm beirren lassen – und am Ende steht ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann für Oberndorf.

Nach eineinhalb Jahren harter Arbeit gilt: Das Krankenhaus Oberndorf bleibt. Die Arbeitsplätze bleiben erhalten. Die Gesundheitsversorgung in unserer Region bleibt gesichert. Das ist das Ergebnis sozialdemokratischer Verantwortungspolitik für unser Oberndorf.



Sie sehen, unser SPÖ-Team mit Bürgermeister Georg Djundja arbeitet beharrlich, professionell und mit Hausverstand für unsere schöne Stadt Oberndorf. Wir sagen Danke an unseren Bürgermeister und das Team der Stadtverwaltung für deren starken Einsatz für Oberndorf!

Ihre/Eure

Fraktionsobmann Dr. Andreas Weiß Vizebürgermeister Ing. Josef Eder, LLB.oec. Stadtparteivorsitzende Nicole Höpflinger



SPÖ-Landtagsklubvorsitzender Max Maurer:

Wohnen darf kein Luxus sein!

Der Druck auf den Salzburger Wohnungsmarkt ist enorm und das nicht ohne Grund: Seit 2017 sind rund 2.000 geförderte Mietwohnungen nicht gebaut worden. Gleichzeitig sind etwa 170 Millionen Euro an Wohnbauförderungsmitteln zweckentfremdet worden. Diese Gelder hätten für tausende Wohnungen verwendet werden müssen, landeten aber im Landesbudget.

Die Folgen spüren die Menschen in ihrer Geldbörse. Auf dem freien Markt liegen die Mieten bereits bei über 20 Euro pro Quadratmeter, Eigentum kostet im Schnitt rund 7.000 Euro pro Quadratmeter, das ist für die meisten Menschen schlicht unbezahlbar. Damit steigt die Nachfrage nach geförderten Mietwohnungen stark an. Doch statt hier gegenzusteuern, verfehlt die

Schwarz-Blaue Landesregierung ihre eigenen Ziele. 2024 wurden lediglich 567 geförderte Mietwohnungen errichtet, das ist zu wenig. Wir sind überzeugt: Die Mittel der Wohnbauförderung müssen für den Bau leistbarer Wohnungen zweckgebunden werden! Denn nur, wenn es genügend gemeinnützige Wohnungen gibt, sinkt der Peis auf den Wohnungsmarkt. Wohnen darf kein Luxus sein!

Auf Bundesebene wurde mit dem Mietpreisstopp bereits ein erster Schritt gesetzt. Aber auch in Salzburg braucht es endlich eine klare Schwerpunktsetzung: mehr geförderte Mietwohnungen, mehr Planungssicherheit für Bauträger und eine Wohnbauförderung, die ihrem Namen gerecht wird!



